

Abstimmungsempfehlungen der SN-Redaktion

Die Axt geht um im Blätterwald

Die Schweizer Medien sind auf dem Weg in eine digitale Zukunft, aber wegbrechende Einnahmen und hohe Investitionskosten drohen irreparabeln Schaden an der medialen Grundversorgung des Landes anzurichten. Deshalb wollen Parlament und Bundesrat diesen Übergang mit einem befristeten Massnahmenpaket unterstützen. Eine Stellungnahme in eigener Sache, aber nicht nur.

Robin Blanck

Die Medien werden gern auch als «Bannwald der Demokratie» apostrophiert: Mit ihrer Berichterstattung sorgen sie für informierte Bürgerinnen und Bürger, ermöglichen breite öffentliche Diskussionen über Sachgeschäfte und Wahlen. Und natürlich decken Journalistinnen und Journalisten Probleme oder unlautere Machenschaften auf, welche die Mächtigen gern unter dem Deckel halten wollen. Die Medien als Schutzschild: Sie halten Schaden vom Staat und damit der Gesellschaft fern.

Nur setzen veränderte wirtschaftliche Bedingungen den Medienhäusern seit geraumer Zeit zu: Der Bannwald lichtet sich und verliert zunehmend an der nötigen Kraft, um den Lawinen zu trotzen. 70 Zeitungstitel sind seit 2003 verschwunden, die Vielfalt der Themen und Meinungen nimmt ab, weil Redaktionen fusioniert und Stellen abgebaut werden. Hält diese Entwicklung an, sind weitere Zeitungstitel im Land akut bedroht: Die Rückgänge bei den Einnahmen wurden bisher über Synergien und Sparrunden kompensiert, mit der Pandemie und zusätzlich steigenden Papierpreisen dürfte sich die ohnehin stark angespannte Situation noch deutlich verschärfen. Ein Ende ist nicht absehbar. Gleichzeitig erfordert der Wandel vom traditionellen Presseprodukt in die multimediale Zukunft hohe Investitionen, gerade für die mittleren und kleinen Medienhäuser ein perfekter Sturm.

Was kümmerts Zuckerberg

Seit 2002 sind den Schweizer Medienhäusern Werbeeinnahmen im Umfang von zwei Milliarden Franken weggebrochen, vom Rückgang in den traditionellen Medien profitiert haben die internationalen Techgiganten wie Facebook, Google und Youtube. Diese verdienen auch mit den Inhalten der Medienhäuser immense Summen, die Kosten für die Erstellung müssen die Medienhäuser tragen.

Nur: Internetplattformen kümmern sich nicht darum, ob die lokale Schulzahnklinik illegalerweise Patienten an Privatpraxen von Mitarbeitenden überweist. Oder darum,



Schweizer Zeitungen unter Druck: Die Vielfalt der Themen und Meinungen nimmt seit Jahren stetig ab.

BILD KEY

warum im Einwohnerrat die Sanierung des Wasserreservoirs kritisiert wird. Ob die für viel Geld neu aufgestellte Website auch nur halbwegs funktioniert, der Sportverein erfolgreich ist, wie das neue Album der Lokalband tönt oder ob es sinnvoll ist, ein Busdepot in einer Landgemeinde abzureisen. Mark Zuckerberg interessiert sich für all das nicht, lokale Medien hingegen schon.

Sie berichten umfassend und breit über das politische, kulturelle, sportliche und gesellschaftliche Geschehen. Es sind die kleineren und mittleren Medienhäuser, die über diese für eine Region wichtigen Themen berichten, Stellungnahmen der wesentlichen Akteure einholen, Sachverhalte einordnen und so wesentlich zur Meinungsbildung beitragen.

Gerade weil die Politik erkannt hat, dass das Waldsterben im Blätterwald die kleineren und mittleren Medienhäuser besonders hart trifft, wurde beim «Massnahmenpaket

zugunsten der Medien» der Fokus auf sie gelegt. Der Grossteil der Beiträge kommt diesen lokalen Anbietern (zu denen auch die Meier + Cie AG zählt) zu.

Konkret: Um die Postzustellung der Zeitungen zu verbilligen, werden die Beiträge von heute 30 auf neu 50 Millionen Franken erhöht. In die gleiche Sparte fallen 40 Millionen Franken, die neu für die Kostenreduktion bei der Frühzustellung aufgewendet werden sollen. Hier zeigt sich auch, dass die Bedenken der Gegner, dass die Medien in die Abhängigkeit des Staates fallen, unbegründet sind: Diese Form der indirekten Unterstützung existiert bereits seit 1849, wurde also ein Jahr nach der Gründung des modernen Bundesstaates geschaffen. Und die Medien haben sich seither nicht durch eine besondere Staatsnähe hervorgetan.

Diese Massnahmen sowie die weiteren Elemente – Förderungen von Onlinemedien mit jährlich 30 Millionen Franken und die

Förderung von Branchenlösungen mit 28 Millionen Franken – bilden zusammen das Paket. Auch dort ist dafür gesorgt, dass eine Einflussnahme der Politik nicht erfolgen kann.

Befristete Hilfe

Zentral ist ein anderer Aspekt: die Befristung der Unterstützungsmassnahmen auf sieben Jahre. Nach dieser Zeit laufen diese aus, bis dahin aber ermöglichen sie es den Schweizer Medien, den Wechsel ins digitale Zeitalter zu bewerkstelligen.

Zugegeben: Es wäre noch besser, es bräuchte diese Hilfe nicht. Aber die Aussicht, dass die mediale Versorgung der Menschen weiter ausgedünnt und damit das Feld oft wenig seriösen Plattformen und Kanälen überlassen wird, ist noch deutlich schlechter.

Die Redaktion empfiehlt die Vorlage zur Annahme.



Bewährter Weg

Die Verbilligung der Zustellung ist ein bewährtes und sinnvolles Mittel, die Presse zu fördern.

Abgestufte Verteilung

Anteilmässig profitieren die mittleren und kleinen Medienhäuser besonders von der Unterstützung.

Zeitlich befristet

Die Massnahmen sind auf sieben Jahre befristet und laufen danach aus.



Staatseingriffe

Grundsätzlich sind Eingriffe des Staats in die Wirtschaft problematisch.

Der Gegenvorschlag ist die bessere Wahl

Robin Blanck

Man muss nicht lange darum herumreden: Rauchen ist ungesund. Deshalb wird nun versucht, mit einer Initiative Werbung für Tabakprodukte zu verbieten, wo Jugendliche sie sehen könnte. Es gibt spezifische und grundsätzliche Argumente, das Anliegen zurückzuweisen. Spezifisch auf die Jugend bezogen: Junge Menschen lassen sich durch ihr Umfeld und Vorbilder aus der Film- und Onlinewelt weit mehr beeinflussen, als durch Werbung, sodass der Ansatz der Initianten ins Leere zu laufen droht.

Grundsätzlich betrachtet gehört es zu einer offenen Gesellschaft, dass die Menschen Entscheidungen fällen können, auch ungesunde: Wir können uns für eine schlechte Ernährung entscheiden oder Risikosportarten betreiben. Das nennt man Freiheit. Werbeverbote für legale Produkte sind aus dieser Warte eine Bevormundung mündiger Menschen und daher aus liberaler Sicht abzulehnen.

Wichtig: Bei einer Ablehnung der Initiative tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft: Auf Plakaten und in Kinos darf dann nicht mehr für Tabakprodukte und E-Zigaretten geworben werden, Verteilaktionen werden verboten und das Sponsoring von internationalen Anlässen in der Schweiz ebenso. Das geht über die heutige Gesetzgebung deutlich hinaus und damit weit genug. Daher empfiehlt die Redaktion die Vorlage zur Ablehnung.



Schutzgedanke

Der Ansatz – Jugendschutz – ist nachvollziehbar.



Effekt zweifelhaft

Dem starken Eingriff steht kein echter Effekt gegenüber: Das Ziel der Initiative wird verfehlt.

Unnötige Abgabe und erträglicher Steuerausfall

Dario Muffler

Wofür eine Stempelabgabe erheben, wenn schon lange kein Stempel mehr irgendwo aufgedrückt wird? Das ist nicht das einzige Stossende an der Emissionsabgabe, welche Unternehmen zahlen müssen, wenn sie Eigenkapital, etwa über eine Aktiengabe, beschaffen. Ab einem Betrag von einer Million Franken wird eine Steuer von einem Promille des Betrags fällig. Damit belastet der Bund die Unternehmen unnötig. Denn Eigenkapital macht Unternehmen vor allem in Krisen robuster. Aktuell wird die Fremdfinanzierung aber belohnt, was ökonomische Risiken birgt. Darunter können auch junge Unternehmen leiden, die wachsen möchten und dafür frisches Geld brauchen.

Die Stempelsteuer hat dem Bund in den letzten zehn Jahren im Schnitt jährlich 250 Millionen Franken eingetragen. Das ist ein stattlicher Betrag, aber im Vergleich zum Gesamtvolumen des Haushalts vernachlässigbar. Ökonomen gehen davon aus, dass zumindest ein Teil davon trotz Abschaffung kompensiert wird. Denn die Hoffnung ist, dass die Schweiz so attraktiver wird als Unternehmensstandort. Aktuell bietet sie schon gute Bedingungen, aber diese Abgabe kennt praktisch kein europäisches Land mehr.

Die Emissionsabgabe widerspricht auch dem Prinzip, nach der Leistungsfähigkeit zu besteuern. Deshalb empfehlen die SN, ein Nein in die Urne zu legen.



Stärkt Eigenkapital

Indem die Abgabe aufgehoben wird, wird Eigenkapital Fremdkapital gleichgestellt.

Standortfaktor

Kaum ein Land hat die Abgabe noch, die Schweiz wird mit der Abschaffung attraktiver.



Steuereinnahmen

Nach der Abschaffung nimmt der Bund jährlich 250 Millionen Franken weniger Steuern ein.

Schon viel getan

Die Unternehmen wurden steuerlich schon entlastet in den letzten Jahren.

Die Tierversuchsverbot-Initiative ist zu radikal

Rico Steinemann

Niemand wünscht sich Tierversuche. Das ist unbestritten. Ebenso unbestritten ist die Tatsache, dass sämtliche Errungenschaften der biomedizinischen Wissenschaft der letzten Jahrzehnte direkt oder indirekt auf Tierversuchen basieren. Das aktuellste Beispiel: Ohne Tierversuche gäbe es keine Covid-19-Impfung. Nun will die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» sämtliche Tierversuche verbieten. Die Initianten rund um den St. Galler Arzt Renato Werndli wollen zudem auch den Import von neuen Medikamenten und anderen Produkten verbieten, die mit Hilfe von Tierversuchen entwickelt wurden. Die Absicht, unnötiges Tierleid zu vermeiden und Alternativen zu Tierversuchen zu fördern, ist verständlich.

Ein Ja zur Initiative wäre dennoch in verschiedener Hinsicht problematisch. Nicht nur wäre die Versorgungssicherheit mit den neuesten Medikamenten, beispielsweise in der Krebsmedizin, nicht mehr gewährleistet. Auch für den Forschungsstandort Schweiz wäre ein Tierversuchsverbot ein kaum lösbares Problem. Die Grundlagenforschung oder die Entwicklung neuer Medikamente wären stark eingeschränkt. Das Parlament lehnte die Vorlage ab – ohne eine einzige Gegenstimme. Auch dem Schweizer Tierschutz STS ist sie zu radikal. Die SN empfehlen die Vorlage zur Ablehnung.



Tierwohl

Die Initiative hat der Diskussion um unnötiges Tierleid neuen Schub verliehen.

Alternativen

Der Druck von Tierschützern motiviert Forscher noch mehr in Alternativmethoden zu investieren.



Forschung

Der Forschungsstandort Schweiz wird stark eingeschränkt.

Med. Versorgung

Das Importverbot gefährdet die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit medizinischen Gütern.